Nr. 21

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Nummer 22 München / 4. Jahrgang 1. Juni 1917

Jüdische Kadettenanstalten.

In einem seiner Vorträge über die Juden und das Wirtschaftsleben sagte Werner Sombart, man werde den Juden die volle Gleichberechtigung geben müssen, sie aber würden genügend Takt haben, keinen Gebrauch davon zu machen.

Eine Ansicht, der jeder Einsichtige durchaus seine Zustimmung verweigern wird.

Daß man in Deutschland endlich den Juden dieselbe Gleichberechtigung einräumen sollte, die sie in anderen europäischen Staaten längst genießen, ist zwar selbstverständlich, nur ist nicht recht einzusehen, was deren Gebrauch mit dem „Takt" der Juden zu tun hat. Glaubte Sombart damals (vielleicht hat er inzwischen gleich vielen andren seiner früheren Anschauungen auch diese Ansicht gewechselt), der Jude müsse sich mit dem Gefühl seiner Minderwertigkeit gegenüber dem christlichen Deutschen so erfüllen, daß er sich an Stellen, an die sozial Auserwählte gehören, selbst als störendes Element empfindet? Nur so kann jene Äußerung verstanden werden, die selbstverständlich von jedem seines Wertes bewußten Juden empört zurückgewiesen werden muß. Wer kraft seines Talentes, seiner Bildung und Neigung sich zu irgendeinem Beruf oder Amt hingezogen fühlt, den sollte man nicht nur durch Gesetz und Übereinkommen, sondern auch durch die ihm beigebrachte Überzeugung, daß seine jüdische Nase hier oder dort Anstoß erregen könnte, vom Streben nach jenem Posten zurückhalten? Zum Trotz aller papiernen Gleichberechtigung ihm immer weiter das Gefühl, ein Staatsbürger zweiter Klasse zu sein, einimpfen? Wahrlich eine raffinierte Großmut!

So falsch der Sombartsche Satz in seiner bisherigen Fassung ist, so richtig hätte er mit einer kleinen Abänderung sein können. Richtig nämlich wäre er in der folgenden Fassung gewesen: „Man wird den Juden die volle Gleichberechtigung geben müssen, aber nach der ganzen Art ihrer Veranlagung, ihres Empfindens und Denkens werden sie auf vielen Gebieten gar keinen Gebrauch davon machen wollen". Weil es nämlich immer Berufe, Ämter und gesellschaftliche Aufgaben geben wird, zu denen die Juden weder Talent noch Neigung haben werden.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte man die kürzlich im Reichstag erörterte Frage der Zulassung jüdischer Knaben zu den Kadettenanstalten betrachten.

Nachdem die Heeresverwaltung nicht umhin konnte, den Juden, die sich im Felde ausgezeichnet haben, während des Krieges Offizierschargen zu verleihen, wollten sehr erklärlicher Weise gewisse Kreise die Sicherheit haben, daß dies nicht nur eine vorübergehende und notgedrungene Maßnahme gewesen sei, sondern endlich den Beginn der prinzipiellen Gleichstellung der Juden im Heere bedeute. Diese Kreise, zu denen keineswegs nur Juden gehören, wollten wissen, ob auch weiterhin die Zugehörigkeit zum Judentum ein Hinderungsgrund sein soll für die Zulassung zu dem in Preußen nun einmal bevorzugten Stande des Berufsoffiziers und zu einer Anstalt, die für diesen vorbereitet.

Der Kriegsminister hat offen seine Meinung über die Zulassung der Juden zu den Kadettenanstalten ausgesprochen, indem er sich zu dem Standpunkt seines Vorgängers erklärte. Dem Abgeordneten Mumm von der Deutschen Fraktion erschien sogar die ganze Frage so komisch, daß er glaubte, sie nur scherzhaft behandeln zu können, indem er, da der christliche Charakter der Kadettenanstalten gewahrt bleiben müsse, die Errichtung besonderer jüdischer Kadettenanstalten empfahl.

(Einschaltung: Warum ist die Wahrung des „christlichen Charakters" nur für die Kadettenanstalten notwendig, warum nicht gleich für das gesamte deutsche Heer, das nach Herrn Mumms Anschauung sicherlich noch höhere Leistungen als die während des Krieges erzielten aufweisen würde, wenn es judenrein gehalten würde? und warum diesen Grundsatz nicht auch auf die Gymnasien ausdehnen, aus denen die geistigen Führer der deutschen Nation hervorgehen sollen? Nachdem die Prozentnorm in Rußland soeben abgeschafft worden ist, könnte man ihr ja in Deutschland eine Stätte gewähren.)

Von unserem Standpunkt als jüdische Bürger Deutschlands müssen wir den Standpunkt des Kriegsministers tief bedauern, denn wir bleiben nach wie vor der Überzeugung, daß die Ausschließung jüdischer Knaben von einem staatlichen Institut, das mit der christlichen Religion gar nichts zu tun hat, gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung der Juden in Deutschland verstößt.

Aber, wohlverstanden, für uns ist dies lediglich eine prinzipielle Frage, denn hier gerade sehen wir einen jener Fälle, wo Juden, zwar nicht aus Takt, wohl aber aus ihrer ganzen Veranlagung heraus gern auf ihr Recht verzichten würden. Sind doch die Kadettenanstalten in ihrem ganzen Zuschnitt keineswegs so, daß jüdische Eltern ihre Söhne ihnen aufdrängen würden. Die in ihnen geübte Unterdrückung der Individualität durch ein Leben im Dienste der Uniform, die Ausschaltung des musischen Elementes, die bei fast allen Juden herrschende Überzeugung, daß zu einer höheren Lebensstellung nicht nur eine kriegerische, son-

dern eine sehr vielseitige Bildung gehört — das alles würde zweifellos in der Praxis jüdische Eltern davon abhalten, den Kadettenschulen ihre Söhne zu übergeben. Ganz abgesehen davon, daß jüdische Kadetten bis zu der Zeit, da nicht nur in den Bestimmungen der staatlichen Institute, sondern auch in der Haltung der deutschen Offizierskreise gegenüber den Juden eine Wandlung eingetreten sein wird, keineswegs ein goldnes Leben in diesen Instituten führen würden.

Wenn es aber dennoch jüdische Eltern geben sollte, die an allen diesen Dingen keinen Anstoß nehmen, so sollte das ihre eigene Sache sein, und der Staat sollte ihnen keine Hindernisse in den Weg legen, die ihnen den Aufstieg zu den in Deutschland bevorzugten Gesellschaftsklassen verwehren. Und wenn dieses Recht den Juden in Deutschland zugebilligt werden sollte, wie es ihnen vermutlich über kurz oder lang sogar in Rußland eingeräumt werden wird, dann kann man nicht von jemandem verlangen, daß er deshalb auf sein Recht verzichtet, weil er so taktlos ist, Levy oder Meyer zu heißen.

Im übrigen aber hat die ganze Sache, wie gesagt, nur prinzipielle Bedeutung, und für die deutschen Juden gibt es größere Sorgen als die Zulassung einiger „Ausnahmefälle" zu den Kadettenanstalten.

Der Anteil der Juden an der revolutionären Bewegung in Rußland.[1])

Im Zusammenhang mit den aktuellen Vorgängen in Rußland dürfte es von besonderem Interesse sein, den Anteil der Juden an der revolutionären Bewegung in Rußland festzustellen. Daß die Beteiligung des jüdischen Elements am revolutionären Leben Rußlands eine überaus große und unverhältnismäßig hohe war, war dem Eingeweihten aus der Geschichte dieser Bewegung sowohl wie auch aus persönlicher Erfahrung hinlänglich bekannt. Einer zahlenmäßigen Feststellung freilich entzog sich dieses Mitwirken der Juden am Befreiungswerke der russischen Völker wie auch der Anteil der anderen nationalen und sozialen Gruppen und der gesamte mit der Revolutionsbewegung im Zusammenhang stehende Tatsachenkomplex. Doch hat sich das russische Justizministerium mitten im Kriege bemüssigt befunden, das gesamte gerichtlich-statistische Material in Bezug auf die revolutionäre Bewegung in Rußland, namentlich in den belangreichen Jahren 1905—1912, einer exakten Sichtung und Bearbeitung unterziehen zu lassen. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in einer im Dezemberheft des Jahrganges 1915 des vom russischen Justizministerium herausgegebenen amtlichen allmonatlichen „Journal des Justizministeriums" veröffentlichten Publikation[2]) niedergelegt. Die „Ermittelungen" bringen u. a. auch hochinteressante Angaben über den Anteil der verschiedenen Konfessionen an der revolutionären Bewegung, aus denen auch die zahlenmäßige Beteiligung der Juden am Freiheitskampf Rußlands klar hervorgeht. Folgende Tabelle sei hier wiedergegeben:

Religion	In den Jahren 1884—90	1901—03	1906—11
	%	%	%
Rechtgläubige	60,9	51,2	77,6
Altgläubige und Sektierer	1,0	0,9	0,7
Katholiken	19,2	14,4	8,6
Juden	**13,4**	**29,1**	**8,0**
Sonstige Konfessionen	5,5	4,4	5,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Während mithin die rechtgläubige russische Bevölkerung, die etwa 70% der Gesamtbevölkerung des russischen Reiches ausmacht, in der dem Ausbruch der russischen Revolution im Jahre 1905 vorangegangenen kurzen Periode die Hälfte (51,2) aller politischen „Verbrecher" lieferte und die Beteiligungsquote der anderen nichtrussischen Nationalitäten an der revolutionären Bewegung im gleichen Zeitabschnitt das Doppelte ihres prozentuellen Bevölkerungsanteiles betrug, erreichte die Prozentzahl der wegen politischer Vergehen belangten Juden in den Jahren 1901—1903 — 29,1% — mithin nahezu das Achtfache ihres prozentuellen Anteils an der russischen Gesamtbevölkerung (4%)!

In den der ersten russischen Revolutionsepoche vorangegangenen Jahren (1901—1903) bildeten demnach die Juden ein volles Drittel aller „Politischen". Die jährliche Durchschnittsziffer der gerichtlich verfolgten jüdischen Revolutionäre erreichte damals etwa 750. Den höchsten prozentuellen Anteil der Juden an der Revolutionsbewegung weist das Jahr 1905 auf — 34,1% aller wegen revolutionärer Umtriebe Verhafteten waren Juden. Seit diesem Jahre ist die Verhältniszahl der Juden in fortwährender Abnahme begriffen. In den Jahren 1906—1911 überstieg der Revolutionsanteil der Juden ihren Bevölkerungsanteil um das Dopelte, während die Einzeljahre 1910 und 1912 sogar eine gleiche Höhe der ersten und letzten Prozentziffer aufweisen. Zur richtigen Bewertung dieses Zahlenergebnisses bedarf es freilich der Berücksichtigung eines anderen Umstandes. Unsere russische Revolutionsstatistik unterscheidet nämlich zwischen „revolutionärer Tätigkeit", „Majestätsbeleidigung" und „Unruhen". Für das Jahr 1911 liegen für die ersten beiden Arten politischer Vergehen besondere Ziffern vor. Es geht aus diesen hervor, daß die Juden von den eigentlichen „Revolutionären" tatsächlich 9,7% ausmachten, während der Anteil der Gesamtzahl der Verurteilungen bloß 5,9% erreicht. Dasselbe gilt ohne Zweifel auch für die Jahre 1910 und 1912. Auch in diesen die niedrigste jüdische Beteili-

[1]) Dieser Aufsatz erscheint in der nächsten Nummer der Monatsschrift „Der Jude" (R. Löwit Verlag, Wien I, Wollzeile 6) unter der Rubrik „Daten und Materialien".

[2]) E. N. Tarnowski, Statistische Ermittelungen bezüglich der wegen politischer Vergehen gerichtlich belangten Personen in den Jahren 1905—1912. Journal des russischen Justizministeriums, Dez. 1915.

gungsziffer aufweisenden Jahren überstieg die Anzahl der Juden an der eigentlichen revolutionären Bewegung ihren Bevölkerungsanteil bei weitem[3]).

Von besonderem Interesse ist die Feststellung der Beteiligung der jüdischen Frauen an der revolutionären Bewegung. Auch hier marschieren die Juden an der Spitze. Insgesamt bildeten die revolutionären Frauen im Jahre 1901—1903 durchschnittlich 5,5%, 1906—1911 12,5% aller politischen Inkulpaten. Dem Glaubensbekenntnisse nach gestaltete sich der prozentuelle Anteil der Frauen wie folgt:

Prozentverhältnis der revolutionären Frauen zur Gesamtzahl der „polit. Verbrecher“ jeder Gruppe

	1901—1903	1906—1911
Bei den Juden	12,3	19,6
Bei den Rechtgläubigen	4,8	10,1

Der prozentuelle Anteil der jüdischen Frauen an der revolutionären Bewegung war mithin in der Zeit vor der Revolution von 1905 weit mehr als doppelt, in der Zeit nach ihr annähernd doppelt so groß wie der der Nichtjüdinnen.

Leo Rosenberg.

Die Evakuierung in Jaffa.

Vom derzeitigen Leiter des Zionistischen Palästina-Amtes in Jerusalem, Herrn Dr. Jacob Thon, erhalten wir soeben ein am 28. Mai dort aufgegebenes Telegramm folgenden Wortlautes:

Die Havasagentur verbreitet unwahre Nachrichten über grausame Maßnahmen türkischer Behörden, insbesondere seitens des Kommandanten der 4. Armee und Marineministers Djemal Pascha, welche richtigzustellen die leitenden jüdischen Persönlichkeiten Palästinas sich veranlaßt sehen: Es ist nicht wahr, daß die Evakuierung nur gegen die jüdische Bevölkerung sich richtet, ebenso ist es unwahr, daß die Behörden die Juden gezwungen haben, ohne etwas mitzunehmen, unverzüglich den Platz zu verlassen. Vollständig aus der Luft gegriffen ist, daß zwei Juden aus Telawiw, die sich den Behörden widersetzt haben, sofort aufgehängt wurden.

Wahr ist vielmehr, daß von der Evakuierung die gesamte Bevölkerung — auch die nichtjüdische — betroffen wurde, daß die Behörden, gemäß dem ausdrücklichen Wunsche Djemal Paschas, keinerlei Ausschreitungen sich zuschulden kommen ließen, daß Djemal Pascha zugunsten der Juden, um ihnen die Einhaltung des Sederabends zu ermöglichen, die Evakuierungsfrist um 10 Tage verlängert hat. Kein Jude wurde aufgehängt oder gelegentlich der Evakuierung mit einer anderen Strafe bestraft. Die Räumung Jaffas und Telawiws vollzog sich in voller Ordnung, geleitet von einer jüdischen Kommission mit Hilfe von Wagen und Lasttieren, die jüdische Pflanzer und Ackerbauer hauptsächlich aus Galiläa zur Verfügung stellten.

Für die notleidende jüdische Bevölkerung Palästinas im allgemeinen und die Evakuierten insbesondere, die, wie auch die Bevölkerung anderer Länder in der Kriegszone, stark gelitten hat, ist umfangreiche Hilfeleistung erforderlich, trotz gewährter Hilfsbereitschaft Djemal Paschas, der zur Linderung der Not über 100 000 Franken bereits verausgabte. Bei dieser Gelegenheit ist von neuem Djemal Paschas während der Kriegszeit wiederholt bekundetes Verständnis und Interesse für die emsige und aufopferungsvolle kulturelle jüdische Arbeit auf landwirtschaftlichem Gebiete zum Ausdruck gelangt, der auch jüdische Fachleute auf den Gebieten des Ackerbaus und der Technik mit Vorliebe zu wichtigen Arbeiten heranzieht.

[3]) Im übrigen sei zum bessseren Verständnis und zur Ergänzung der obigen Ausführungen auf eine demnächst erscheinende größere Studie über „Russische Revolutionsstatistik“ vom Verfasser hingewiesen.

Der Münchener Kritikerprozeß.

„Die Schaubühne“ vom 26. April (Herausgeber Siegfr. Jacobsohn) schreibt:

Die Münchner Musikkritik ist die höchststehende und ehrlichste der Welt. Das ist Tatsache. Mehrere Chefredakteure und andere Sachverständige haben es gesagt und beschworen. In dem Prozeß, den die Münchener Kritiker gegen den Privatdozenten Dr. August Mayer anstrengten. Weil er ihnen im „März“ mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache, Voreingenommenheit gegen Bruno Walter und Zugänglichkeit für allerlei Liebenswürdigkeiten (nicht Bestechlichkeit!) nachgesagt hatte.

* * *

Es haben nicht alle geklagt. Leider, leider. Herr Paul Ehlers zum Beispiel, der Rezensent der „Münchner Neuesten Nachrichten“, zog es vor, die Klage zwei Tage vor dem Prozeß zurückzunehmen. Auch Herr Alexander Dillmann, der die schwere Last eines fürstlich thurn- und taxisschen Hofrates trägt und der Hüter der geheiligten Wagner-Tradition Münchens ist, auch er klagte lieber nicht. Warum nicht? Warum?

* * *

Die Münchener Wagner-Tradition — ach, es war nicht der langweiligste Augenblick dieses Prozesses, als ein Sachverständiger zornig fragte, weswegen man immer mit diesem alten Unsinn daherkäme. Was eigentlich die berühmte Wagner-Tradition sei? Großer Gott, das ist leicht zu sagen. Man kann es wenigstens erraten. Wenn man bedenkt, daß in München die ganze Presse auf anderm Felde den deutschen Werkbund bekämpft und dafür die Tradition des gemütvollen Münchener Kunstgewerbes verteidigt. Die wird symbolisiert durch die Schöpfungen des berühmten Professors Hinterhuber, der etwa den Rettich zur gemütvollen Bierseidelattrappe ausgestaltete. Aber das nebenbei. Ganz nebenbei.

* * *

Der Beklagte hat behauptet, die Münchner Kritik könne nicht Deutsch schreiben. Sie kann

Deutsch schreiben. Beim großen Gott, sie kann es. Herr Fischer z. B., Kritiker des Bayerischen Kuriers und auch sonst von guter Gesinnung, hat die Welt (bei Rezensionen über Bruno Walter) mit folgenden Sätzen beglückt: „Da man indeß alle deutschen Komponisten, durchweg mindestens gleich starke Talente, wie Korngold z. B., Waltershausen, Courvoisier, Kaskel und andere, von der Tafel des hiesigen Hoftheaters mit eiserner Konsequenz als minderwertig fernhielt und sie nur einem einzigen wie zu einem intimen Liebesmahl mit derselben Exklusität huldvoll gewährte, wie einst das Volk Israel unter den Völkern ausgezeichnet war, so wird aus dieser Episode Symptom.“ Und weiter: „In diesem Zwiespalt und Konflikt liegt nun ein prächtiger Kern von tragischer Verkettung und Verfinsterung, den man sogar im Weberschen Sinne zum Licht hätte führen können, wenn nur mehr Fähigkeiten in jener Dame gesteckt wären, an die Weber grade in diesem Moment geraten mußte, indem ihm der Theaterkönig seiner Zeit, Barbaja, Wiens Bühnenleiter, das so lockende Angebot machte, eine Oper im Stil des Freischütz zu komponieren.“ Welcher Satz schöner ist, mag jeder Leser für sich entscheiden. Und wenn nur in jenem Herrn mehr Fähigkeiten gesteckt wären, mit diesem Gallimathias einen noch entschiedeneren Antisemitismus zu verbinden, als er in dem ersten Satz bescheidentlich andeutet, könnte er, wofern er seine Perioden bis zum Mindestmaß von fünfundzwanzig Zeilen ausdehnte und sich der entsprechenden teutschen Gesinnung befleißigte, den Herrn von Graefe erreichen, der ähnliche Sätze in die Kreuzzeitung hineinschreibt, wofern nicht ein prächtiger Kern von tragischer Verkettung und Verfinsterung ihn zu einem jener Reformatoren der deutschen Sprache machen sollte, die in dieser großen Zeit mit Recht nach der Erlösung aus den Fesseln schreit, welche ihr durch das unter allen Völkern ausgezeichnete Volk Israel und andere Parasiten geschlagen worden sind.

* * *

Was war es nun eigentlich mit der Hetze gegen Bruno Walter? Daß die Kritiken von versteckten Bosheiten wimmelten, hat mehr als ein Sachverständiger in diesem Prozeß zugegeben. Daß doch neulich, als Walter die Matthäus-Passion dirigierte, Herr Paul Ehlers „auch Angehörigen anderer Konfessionen als der christlichen das Recht und die Fähigkeit zur Leitung dieses Werkes“ zugestand — ein einziges Beispiel nur. Und aus der Fülle nicht einmal das prägnanteste.

Herr August Mayer hatte in seinem Artikel von einem „kleinen persönlichen Opfer“ gesprochen, das diese Kritiker verlangt, und zu dem Walter sich nicht verstanden habe.

Was ist ein „kleines persönliches Opfer“? Nach meiner Auffassung: Herrn Mauke, dem Rezensenten der Münchner Zeitung, der sich auch einen „Tonsetzer“ heißt — diesem selben Herrn Mauke zu sagen: „Es liegt nicht an mir, Herr Mauke, wenn Ihre Opern nicht aufgeführt werden. Glauben Sie, wenn es nach mir ginge . . .“.

Oder Herrn Paul Ehlers zu sagen, er beherrsche die deutsche Sprache.

Oder Herrn Dillmann zu versichern, daß er sich noch niemals mit seinen (auch in Berlin rühmlich bekannten) Wagner-Konzerten und Enthusiasmen ein wenig lächerlich gemacht habe.

Das freilich wäre ein persönliches Opfer.

Was aber verstanden diese sieben oder acht Kritiker (von denen vier oder fünf als herzlich gleichgültig aus dieser Erörterung auszuscheiden sind) — was verstanden sie unter einem persönlichen Opfer? Bestechlichkeit, Empfänglichkeit für klingend Geld. Obwohl ich es nicht für möglich halte, daß ein Mensch, der heutzutage auf solch primitive Weise sich eine gute Kritik zu verschaffen suchte, ohne Ring durch die Nase über den Asphalt wandeln dürfte.

Sie aber, gewiß, sie waren so zart, diese Seelchen. „Ein solch ein Mensch bin ich!“ So rein war ihr Gewissen, so urwüchsig ihre sittliche Entrüstung. So untadelig ihre Vergangenheit.

Herr Mauke, zum Beispiel, der seine Kritiken in die Münchner Zeitung sezerniert, hat (das wurde im Prozeß festgestellt) vor Jahren „in unbegreiflicher Begriffsverwirrung“ ein Konzert rezensiert, das niemals stattgefunden hat. Nicht, ohne sich genau über die Armbewegungen des Herrn Felix von Weingartner auszulassen, der gar nicht dirigiert hatte. Herr Mauke hat außerdem die löbliche Gewohnheit, den von ihm kritisierten Bühnen seine Opern unentwegt einzureichen. Und es traten auch in diesem Prozeß etliche Zeugen auf, Direktoren und Regisseure, die sich über Maukes Kritiken nach der Ablehnung der Opern äußerten. Sanfter war der Löwe nicht geworden. Sanfter wahrhaftig nicht . . .

Immer mehr von diesem Makellosen. Eine Zeugin (an deren Wahrhaftigkeit das Gericht nicht zweifelte, und in deren Wesensart vergeblich nach der mit Recht so beliebten Hysterie gefahndet wurde) — diese Mauke befreundete Zeugin wußte unter ihrem Eid allerlei über den Cato ohne Furcht, Tadel und Voreingenommenheit zu berichten. „Weißt Du,“ sagte er eines Tages, kurz bevor im Münchener Hoftheater die Frage über Walters Bleiben oder Gehen akut geworden war, „weißt Du, wer neuerdings Kritiker der Münchner Neuesten Nachrichten geworden ist? Herr Paul Ehlers. Das ist des Itzigs Tod . . .“

Wobei von keiner Seite angezweifelt wurde, daß Bruno Walter der Itzig war. „Die Presse“, fuhr Herr Mauke damals fort, „hat den Juden hierher gebracht, die Presse wird ihn wieder entfernen. Und wenn ihn der Intendant hält, muß eben auch der Intendant fort.“

Der Intendant wird diesen Bemühungen der Presse mit Interesse zugesehen haben. Der Jude, der Itzig, Isidor Citronengesäusel ficht trotz den Bemühungen des teutschen Wagnerhüters Wilhelm Mauke noch immer einen braven Kampf gegen die Münchner Wagner-Tradition. Und der Kritik, die den Juden nach München gebracht hatte, und die ihn wieder abzuschieben gedachte, haben ihre Natschalniki bescheinigt, daß sie die höchstehende, objektivste und vornehmste der Welt sei.

In erster Instanz . . .

* * *

Es ist menschlich in Hatz, in Übermüdung, „in unbegreiflicher Begriffsverwirrung“ Konzerte zu kritisieren, die niemals stattgefunden haben. Es ist menschlich, einem Theater, dessen Aufführungen man rezensiert, einem Kapellmeister, den man einen Itzig heißt, die eigenen Opern einzureichen. Es ist höchst menschlich, verschnupft und grantig zu werden, wenn diese Opern abgelehnt werden. Jeder Dreißigjährige hat mindestens Einen dunkeln Punkt in seinem Vorleben und müßte von Rechtswegen im Durchschnitt zwei Jahre und drei Monate im Zuchthaus gesessen haben. Wir alle, sehr richtig, Herr Oberlandesgerichtsrat Mayer, wir alle sind allzumal Sünder und auch

die höchststehende Kritik der Welt hat ihre schwachen Stunden.

Was also mußte sie tun, als sie jenen Artikel im „März“ gelesen? An ihre Brüste schlagen: „Wir sind auch nur Menschen, wir können den Juden nicht leiden . . .“.

Keiner hats getan. Sie waren die Vorurteilsfreien, Erhabenen, Vornehmen, was weiß ich . . . weißgekleidete Fräulein, deren Jungfernschaft man widerrechtlich in Zweifel gezogen hatte.

In erster Instanz, wie gesagt, sind sies geblieben. Vor der zweiten aber noch könnte ein unfreundlicher Nordwind sich erheben und das Blütenweiß von den Ästen fegen. Und auch dann, wenn die zweite Instanz eine objektive Beleidigung feststellen sollte, könnte durch die dicke Münchner Atmosphäre ein frisches Lüftchen wehen. Und auch in diesem gutgläubigen Publikum Zweifel erwecken, ob die Herren, Dillmann, Ehlers, Mauke und der Rest nicht besser in anderen Berufen sollten verwendet werden.

Welt-Echo

Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands hielt am 17. Mai d. J. in Berlin eine aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Vorstandssitzung ab, an der zahlreiche Vertreter der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B., des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, des Jüdischen Frauenbundes, des Allgemeinen deutschen Rabbinerverbandes, des Verbandes der Jüdischen Lehrervereine im Deutschen Reich, des Rheinisch-Westfälischen, des Westdeutschen und Mitteldeutschen Bezirksverbandes jüdischer Jugendvereine teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Antrag der Verbandsleitung, eine Verständigungsgemeinschaft sämtlicher jüdischer Jugendorganisationen Deutschlands herbeizuführen. Dieser Antrag wurde einstimmig mit großer Begeisterung angenommen. Alle Jugendorganisationen jedweder Richtung sollen gebeten werden, von Zeit zu Zeit Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, die den Zweck hat, die Leiter und Mitglieder der verschiedenen Verbände einander näher zu bringen. Bei voller Würdigung der Selbständigkeit der Organisationen und bei peinlicher Respektierung der abweichenden Anschauungen sollen Verständigungsmöglichkeiten gesucht werden, die nach Wunsch des Jugendverbandes allmählich zu einem gemeinsamen Arbeitsprogramm, zur Vermeidung unnötiger Konkurrenzkämpfe und zur Läuterung des jüdischen Parteikampfes in Deutschland führen sollen.

Die Notwendigkeit eines geschlossenen Auftretens des deutschen Judentums wurde auf der Tagung betont. Die Kongreßbewegungen der Juden aller Länder wurden einer eingehenden Würdigung unterzogen. In einer scharfen Resolution nahm der Verband Stellung zu den bekannten antisemitischen Vorkommnissen in Deutschland, die er umso schmerzlicher empfindet, als fast seine sämtlichen männlichen Mitglieder unter den Fahnen stehen und ein erheblicher Bruchteil der Verbandsangehörigen den Tod auf dem Schlachtfelde erlitten hat.

Das Vorgehen des Verbandsvorsitzenden, der an anderer Stelle eine gemeinsame Aktion der deutschen Juden angeregt hat, wurde einstimmig gebilligt und zur Verbandssache erklärt. Eine Berichterstattung soll später erfolgen.

Die Geschäftsführerstelle des Verbandes soll neu besetzt werden, da Frl. Dr. Cora Berliner infolge anderweitiger Inanspruchnahme nicht mehr in der Lage ist, den Posten hauptamtlich auszufüllen. Das starke Anwachsen des Verbandes und die erhöhte Bedeutung der jüdischen Jugendpflege bedingen die Anstellung einer Kraft, die sich ganz dem Verbande widmet. Die Stelle soll öffentlich ausgeschrieben werden. Vertieftes jüdisches Wissen, Rednergabe und organisatorisches Geschick werden zur Voraussetzung der Anstellung gemacht. Bewerber möchten sich unter Beifügung ihres Lebenslaufes und unter Angabe von Referenzen an die Geschäftsstelle des Verbandes wenden.

Zu Beginn der Tagung, die sich im übrigen noch mit der Frage der Einberufung eines Delegiertentages und einer Satzungsänderung befaßte, fand eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Verbandsmitglieder und zu Ehren Siegfried Brünns statt, dessen Todestag sich jährte.

Pessach-Feier im Kriegsgefangenenlager. Anläßlich des Pessach-Festes ist im Douglas Aliens-Camp, in dem zirka 600 Juden interniert sind, unter der Redaktion von Herrn M. Frostig (Lemberger Tagblatt) und im Verlage des Herrn I. Stalheim (Krakau) ein 12 Seiten langes „Gedenkblatt jüdischer Kriegsgefangener, Pessach 1917“ erschienen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: „Geleitwort“ (Frostig), „Jüdisches Lager“ (James Wolf), „Unsere koschere Küche (Martin Breslauer), „Gedenken“ Gedicht (Leopod Zucker), „Galizianer“ (M. Frostig), „Die deutschen Juden“ (Gustav Roseman), „Ungarische Juden“ (Alexander Lederer), „Zionismus im Lager“ (L. Gottlieb).

Wie wir erfahren, hat sich Fräulein Trude Herzl, die jüngste Tochter Theodor Herzls, am 23. April in Wien mit Herrn Richard Neumann vermählt.

Die städtische israelitische Schule in Köln wird in einigen Wochen ihr neues, schönes Heim in der Lützowstraße beziehen. Wenn die Stadt Köln schon seit Jahren wahrhaft vorbildliche Parität übte, indem sie die städtische jüdische Schule zu einem großen vierzehnklassigen Schulorganismus ausbaute, so dürfte Köln auch jetzt wieder in ganz Deutschland die erste Stadt sein, die einer so reich gegliederten jüdischen Schule ein ihrer Größe entsprechendes, allen neuzeitlichen Anforderungen gerecht werdendes Gebäude errichtet hat. Infolge des Krieges hat sich der Einzug in das neue Schulgebäude verzögert. Zunächst hatte unmittelbar nach ihrer Vollendung die Schule als Lazarett gedient. Nun sollten in einem Teile des Schulgebäudes Klassen eines daran grenzenden städtischen Lyzeums, dessen Neubau während des Krieges nicht ausgeführt werden konnte, untergebracht werden. Daß dies vermieden wurde, daß in dem Widerstreit der Pflichten, in den die städtische Verwaltung geraten war, die Entscheidung zugunsten der israelitischen Schule fiel, ist dem tatkräftigen Eingreifen der maßgebenden Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinde zu verdanken. (Die jüdischen Gemeindevorstände von Köln scheinen in der Tat der Frage jüdischer Jugenderziehung ein rühmliches und nachahmenswertes Interesse entgegenzubringen! D. Red.)

Von der Kriegskommission für rituelle Lebensmittel. Auf Veranlassung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ist zu seiner Unterstützung in allen die rituell lebende jüdische Bevölkerung betreffenden Lebensmittelfragen die „Kriegskommission für rituelle Lebensmittel in

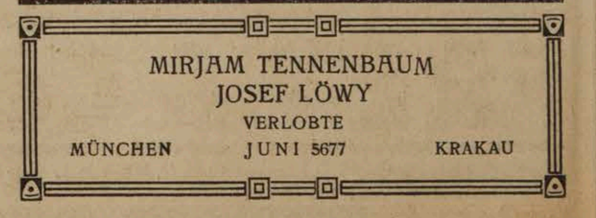
Berlin" gegründet worden. Der Verwaltung und dem Beirat der Kriegskommission gehören Vertreter des Kriegsernährungsamtes, des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette, der Z.-E.-G., der rituell lebenden jüdischen Bevölkerung und Sachverständige an. Der Kriegskommission liegt nicht, wie den übrigen Kriegsgesellschaften, die Bewirtschaftung eines bestimmt abgegrenzten Ernährungsgebietes ob. Ihre Tätigkeit ergibt sich vielmehr von Fall zu Fall aus den Zeiterfordernissen. Nachdem durch Verfügung des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 13. Mai d. Js. die Abgabe von Rohfetten an die rituell lebende jüdische Bevölkerung verboten worden ist, hat sich die Kriegskommission mit der Verteilung einer rituellen Ölmargarine als Ersatz für die gesperrten Rohfette zu befassen. Die rituelle Margarine wird lediglich an diejenigen abgegeben, die auf alle anderen Fette, auch Butter, verzichten. Die Wochenmenge ist zunächst auf 50 Gramm pro Kopf festgesetzt worden. Einer Reihe von Magistraten und jüdischen Gemeindeverwaltungen hat diese Regelung Veranlassung gegeben, darüber Beschwerde zu führen, daß die rituell lebende jüdische Bevölkerung hinsichtlich der Fettversorgung ungünstiger gestellt ist als die übrige Bevölkerung. Demgegenüber muß bemerkt werden, daß die Sperrung der rituellen Rohfette verfügt werden mußte, weil die zuerst gewährten Ausnahmen zu Unzuträglichkeiten geführt hatten, und überdies der rituell lebenden jüdischen Bevölkerung mit der Abgabe der rituellen Rohfette bei deren Geringfügigkeit kaum gedient war. Die Verzichtleistung auf Butter seitens der Bezieher ritueller Margarine mußte aus organisatorischen Gründen verlangt werden. Eine Erhöhung der Kopfmenge an ritueller Margarine über 50 Gramm hinaus konnte einstweilen nicht bewilligt werden. Das Kriegsernährungsamt ist indessen im Verein mit der Kriegskommission bestrebt, bei Besserung der Fettverhältnisse auch die Zuteilung an die rituell lebende jüdische Bevölkerung günstiger zu gestalten. Um einerseits die Härte, die in den derzeitigen Maßnahmen liegt, zu mildern, und andererseits keinen Zwang auf diejenigen auszuüben, die nach wie vor Butter beziehen wollen, ist die Möglichkeit des gleichzeitigen Bezuges von Butter und ritueller Margarine durch verschiedene Personen innerhalb desselben Haushaltes zugelassen worden.

Das Hilfswerk für Polen und Litauen. Das Petersburger Russisch-Jüdische Hilfskomitee für die vom Kriege betroffenen Juden überwies zur Unterstützung der notleidenden jüdischen Bevölkerung in Polen und Litauen mit Genehmigung der russischen Regierung 300 000 Rubel, die wie folgt verteilt werden sollen: 1. Jüdische Gemeinde in Warschau 56 200 Rubel; 2. zur Verfügung von Dr. Posnanski und H. Farbstein ebenfalls für Warschau 56 200 Rubel; 33. für Lodz zur Verfügung von Dr. Braude und Jarotschinski 96 200 Rubel; 4. für Wilna zur Verfügung von Rabbiner Rubinstein und Epstein 64 900 Rubel; 5. für Bialystok 16 500 Rubel; 6. für Kowno 10 000 Rubel. Insgesamt 300 000 Rubel. Die russische Regierung hat das Geld zum Friedenskurs überwiesen, so daß etwa 900 000 M. zur Verteilung gelangen werden.

Die russischen Juden fordern nationale Rechte. Das Jüdische Korrespondenzbureau im Haag berichtet: In Petersburg fand eine Konferenz verschiedener jüdischer Parteien statt. Die Konferenz beschloß, von der neuen Regierung zu fordern, den Juden nationale Rechte einzuräumen. Daß sich „der Bund", der bisher jedes Bündnis mit den nationalen Parteien in der russischen Judenheit ablehnte, der Forderung einer nationalen Autonomie für die Juden Rußlands anschließt und im Vereine mit anderen jüdischen Gruppen an der Erreichung dieses Postulats wirkt, darf als Zeichen der Zeit gedeutet werden. Die geplante Einberufung eines allgemeinen jüdischen Kongresses und die Schaffung einer legitimen Vertretung der russischen Judenheit gewinnen durch diese Nachricht an Wahrscheinlichkeit. Komitees aller jüdischen Organisationen, so wird ferner an das Bureau berichtet, haben sich in Kiew, Odessa, Charkow und anderen Städten gebildet.

Judenhetze in Rußland. Das Blatt „Politiken" meldet aus Petersburg: Auf dem Kongreß der Soldatenabgeordneten des Frontheeres, der zur Zeit in Petersburg tagt, verlas General Skalon ein Schriftstück, demzufolge nach Mitteilungen aus amtlicher englischer Quelle am 9. März alten Stils (22. März) in Kopenhagen eine Geheimsitzung von in Dänemark ansässigen Juden abgehalten worden sei. Sie hätten beschlossen, nach Rußland zurückzukehren, um im Heere gegen den Krieg mit Deutschland zu werben; sämtliche Teilnehmer der Geheimsitzung waren Deutschfreunde. Der Soldatenkongreß brandmarkte dieses Schriftstück als einen unwahren Aufreizungsversuch, mit dem lediglich bezweckt werden solle, die Völker Rußlands gegeneinander aufzuhetzen und der Arbeiter- und Soldatenrat ordnete an, daß alle Personen, die hierbei in Frage kämen, vor Gericht gestellt würden. General Skalon ist bereits verabschiedet.

Die Juden Rumäniens. Die rumänische Gesandtschaft im Haag stellte den Blättern eine Mitteilung über Zusagen des Königs von Rumänien an die Juden seines Landes zu. Eine Abordnung des ländlichen Verbands rumänischer Juden hatte dem König unter Bekundung ihrer Treue gegen Krone und Vaterland eine Denkschrift überreicht, worin dieser Empfindung in ausführlichen Worten Ausdruck verliehen und diejenigen rumänischen Juden verleugnet werden, die sich unvaterländische Gesinnung und Handlungen zuschulden kommen ließen. Die Denkschrift erklärt auch, die Juden erwarteten die Lösung der sie betreffenden Fragen allein von der Weisheit des rumänischen Volkes. Die Abordnung bat den König, die Juden wie die übrigen Landeskinder unter seinen Schutz zu nehmen. Der König antwortete mit einer Ansprache zum Preise der von dem rumänischen Volke geübten religiösen Toleranz und erklärte am Schluß, alle Bestandteile seines Volkes müßten in einem befreiten und glücklichen Rumänien gleiche Rechte genießen. Von den etwa 200 000 rumänischen Juden, die zum größten Teil in der Moldau leben, haben nur wenige Hunderte das rumänische Bürgerrecht. Die Mehrzahl wird, obwohl sie seit Geschlechtern im Lande lebt, und der Wehr- und Steuerpflicht unterliegt, als heimatlose Fremdlingsherde behandelt. Die rumänische Regierung ver-



langt für jeden Fall, wo ein Jude sich um das Bürgerrecht bewirbt, ein besonderes Gesetz, das von beiden Häusern der Volksvertretung angenommen und vom König unterschrieben sein muß, um gültig zu sein. Die Aufhebung dieses Artikels der Verfassung und die Verleihung des Bürgerrechts an alle Juden, das ist es, was die Juden Rumäniens verlangen. Bisher waren die rumänischen Juden schlechter daran als die russischen, deren Lage wenigstens gesetzlich geregelt ist.

Das amerikanisch-jüdische Hilfswerk. Der 10 Millionen Dollar-Fonds, der für die vom Kriege betroffenen Juden in den Kriegszonen in Amerika durch das American Jewish Relief Committee aufgebracht werden soll, ist durch die Spende von dem Chicagoer Philanthropen Julius Rosenwald, der sich verpflichtete 1 Million Doll. zu geben, bereits fundiert worden. Die Bedingung, die Herr Julius Rosenwald an diese hochherzige Spende knüpft, besteht darin, daß er für je eine Million, die gesammelt wird, selbst 100 000 Dollars spendet, das heißt also, die elfte Million bereitstellt, falls die Judenheit Amerikas bis zum November 1917 die gepanten 10 Millionen aufgebracht hat.

Herr Henry Morgenthau verlangt in einem Aufrufe von der amerikanischen Judenheit, daß diese 10 Millionen bis zum 1. Juni des Jahres aufgebracht werden, wenn die 3 Millionen Juden in der östlichen Kriegszone vom Hungertode gerettet werden sollen. Um diesen früheren Termin möglich zu realisieren, hat sich ein neues Komitee gebildet, das sich mit der Propagierung für die schnelle Aufbringung der 10 Millionen beschäftigt, und das außer Herrn Morgenthau, die Herren Jakob H. Schiff, Oberrichter Louis D. Brandeis, Daniel Guggenheim, Nathan Straus und Herbert H. Lehman umfaßt.

Die Konferenz der Jüdisch-sozialistischen Arbeiter wurde Ende März in New York abgehalten; 400 Delegierte, die 67 Städte vertraten, waren erschienen. Die Konferenz begrüßte das russische Volk zu seiner Emanzipation und besprach eingehendst die Frage des Jüdisch-Amerikanischen Kongresses. Es wurden Resolutionen angenommen, wonach alle Delegierten verpflichtet sind, nicht dagegen zu stimmen, daß die Palästinafrage in ihrer ganzen Ausdehnung auf die Tagesordnung kommt, und für Palästina als eine öffentlich rechtlich gesicherte Heimstätte für das jüdische Volk einzutreten. Die Konferenz verlangte die baldige Abhaltung des Kongresses. Sie protestierte dagegen, daß den Juden in Polen nur eine religiöse Autonomie, aber nicht eine nationale gewährt worden ist.

Aus Italien. Die Rabbiner von Livorno, Mailand, Verona, Florenz und Rom fordern ihre Kollegen zur Bildung eines Verbandes der Rabbiner Italiens auf. Zweck des Verbandes soll die Wiederbelebung des jüdischen Lebens in Italien, die Verbreitung der jüdischen Wissenschaft, Literatur und Sprache, die Reform des Religionsunterrichts sein.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Unser gelegentlicher Mitarbeiter, Herr Arnold Marlé hat sich mit Frl. Lilly Freud verlobt. Wir sprechen dem Brautpaar unsere besten Glückwünsche aus.

Der bayer. Militär-Verdienstorden mit Schwertern wurde verliehen dem Kriegszahnarzt Siegfr. Stern, den kgl. bayer. Stabsärzten der Reserve Dr. Leo Steinberger (Bayreuth), Alfr. Aronheim und Dr. Erich Feuchtwanger (München) und dem kgl. Assistenzarzt der Reserve Alb. Michaelsohn (München).

Dem Unterarzt Arno Lauer in Landshut a. I. wurde das Sachsen-Weimarsche Verdienstkreuz verliehen, nachdem er schon früher das Eiserne Kreuz erhielt.

Purim-Sammlung in München zu Gunsten der Notstandsaktion für Palästina. Mark. Berger 1.—, Markus Schneuer 1.—, Hohenberger 1.—, Simon Benzias 1.—, Diamand —.30, Wanschel —.50, Joachim Stiel —.50, Iram —.50, Schachno 1.—, Wegner —.20, Iram 1.—, Maher 1.—, Bohrer —.50, Buchaster —.50, Tennenbaum —.50, Nußbaum

—.50. Summa 11.— Mk. gesammelt durch Adele Nußbaum vom Blau-Weiß. Johanne Heinemann —.40, Amalie Mehles —.20, David Misch 1.—, S. Misch —.50, Julius Levite 10.—, P. D. 1.—, Gutta Zimmer 2.—, J. F. 2.—, Fr. L. Feuchtwanger 3.—, Johanna Feuchtwanger 5.—, Helene Wetzlar 2.—, Dr. E. Fränkel 5.—, U. Ascher 5.—, Kronczyk 1.—. Summa Mk. 38.10. Gesammelt durch Lilly Stiefel vom Blau-Weiß. Curt Bensinger 3.—, Liesl Bensinger 10.—, drei Schüler der Staats-Handelsschule —.10, Sigmund Lindauer 10.—, A. Bensinger 20.—, Bella Lang 3.—. Summa 46.10. Gesammelt durch Max Bensinger. Gesamtbertrag Mk. 95.20.

Anzeigen-Echo

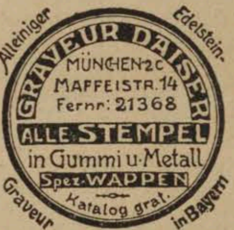
(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Verein Bne - Jehudah. Dienstag, den 5 Juni, abends 9 Uhr Diskussionsabend: „Der jüdische Kongreß in Amerika".

Die Zionistische Ortsgruppe München stiftet einen Ölbaum auf den Namen des Herrn Arnold Marlé und seiner Verlobten, Fräulein Lilly Freud. M. 6.—.

Jüdischer Turn - und Sport - Verein München. Donnerstag, den 7. Juni, Wanderung. 7.20 Starnbergerbahnhof. Fahrt nach Fürstenfeldbruck—Schöngeising—Stegen—Steinebach. Fahrtkosten M. 1.40. Die Führerschaft.

Jüdischer Wander-Bund „Blau-Weiß". 3. Juni. 1. Zug: Hauptbahnhof 4.45. Rotwand. Kosten M. 3.— 2. Zug: Starnbergerbahnhof 7.30. Roggenstein—Heim—Planegg. Kosten M. —.85. 3. u. 4. Zug: Hauptbahnhof 4.45. Wendelstein. Kosten M. 3.05. 1. Gruppe: Hauptbahnhof 7.35. Solln—Starnberg (Marschtour). Kosten M. —.85. 2. Gruppe: Starnberger Bahnhof 8.15. Ins Heim. Kosten M. —.65. 4. Gruppe: Rotkreuzplatz 8.15. Allacher Forst. Kosten M. —.25.



Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München